

János Mátyás Kovács

Vergangenheit oder Vorvergangenheit?

Kultur und Wirtschaftsentwicklung in Osteuropa nach 1989

Für eine Reflexion über den Zusammenhang zwischen Kultur und Wirtschaftsentwicklung in Osteuropa kann man sich kaum eine günstigere historische Zeitspanne vorstellen als die vergangenen fünfzehn Jahre. Seit der Zeitenwende von 1989 haben elf ehemals kommunistische Länder ihren Entwicklungspfad radikal korrigiert, indem sie das Projekt der postkommunistischen Transformation mit dem der Europäischen Integration verknüpft haben. Es ist gewiß nicht übertrieben, diese beiden Projekte als veritable kulturelle Revolutionen anzusehen, Revolutionen, die sich unter den turbulenten Bedingungen einer kulturellen Globalisierung vollziehen, die ihrerseits zumindest als eine Quasi-Revolution bezeichnet werden kann. Diese elf Länder, die acht neuen EU-Mitgliedsstaaten und drei weitere Beitrittskandidaten, sind nach 1989 im selben Stadion gelaufen, im gleichen Wettbewerb. Den größten Teil der Trainingsmethoden haben sie importiert, die Trainer selbst sind altbekannte Champions früherer Zeiten. Die Umstände könnten kaum besser sein, um den Einfluß von Kultur auf die ökonomische Entwicklung im Rahmen komparativer Untersuchungen zu testen.

Aber die heutige Zeit ist für eine solche Reflexion zugleich auch äußerst ungünstig. Denn diese Revolutionen stellen kulturelle Schocks dar, die die kulturelle Analyse der zeitgenössischen Wirtschaftsgeschichte erheblich behindern dürften, selbst wenn sie in dieselbe Richtung weisen würden. Die 80.000 Seiten des *acquis communautaire* stellen die osteuropäischen Länder vor eine gewaltige kulturelle Herausforderung. Um den dort

festgeschriebenen Normen gerecht zu werden, müssen sie nicht nur ihrer kommunistischen Vergangenheit, sondern teilweise auch ihrer „amerikanisierten“, durch die Globalisierung geprägten Gegenwart entsagen. Die schwache Regulierung ihrer Arbeitsmärkte, ihre semi-privaten Wohlfahrtsregime und ihre niedrigen Einheitssteuersätze dürften nach dem Beitritt in Brüssel kaum noch längere Zeit toleriert werden, von dem Verzicht auf eine strenge gesetzliche Regelung von Ladenöffnungszeiten erst gar nicht zu reden.

Sie sind, um den Slogan von 1989 zu bemühen, in der Tat auf der „Rückkehr nach Europa“. Aber sie kommen nicht nur aus einer sowjetischen, sondern zugleich auch aus einer US-amerikanischen Welt. Anders als das weithin bekannte Schema suggeriert, das eine kulturelle Ambiguität zwischen *dem* kommunistischen Erbe und *der* kapitalistischen Zukunft postuliert, konfrontiert diese Ländergruppe den Analytiker heute mit einer kulturellen Mischung, die aus mindestens drei Zutaten besteht – sowjetischen, amerikanischen und europäischen Traditionen. Genau genommen ist diese Mischung sogar noch reichhaltiger, wenn man die Anleihen beim fernöstlichen und lateinamerikanischen Kapitalismus bedenkt – den massiven Zufluß von japanischem, chinesischem und koreanischem Kapital, die damit verknüpften Arbeitskulturen, oder die partielle Übernahme des chilenischen Altersrentensystems.

Wichtiger noch scheint mir folgendes: Die Gesellschaften Osteuropas tragen vielfältige Hinterlassenschaften der vorkommunistischen, zum Teil weit zurückliegenden Vergangenheit

(eine Art Vorvergangenheit) mit sich, die durch die unterschiedlichen nationalen Gestalten der jüngeren, d.h. kommunistischen, Vergangenheit gefiltert sind. Doch welche dieser Vergangenheiten ist von Belang? Mein Essay dreht sich vor allem um diese Frage. Dabei richte ich den Blick auf die mehr oder weniger indigenen Zutaten zu der besagten kulturellen Mischung, um das derzeit vorherrschende kulturelle Narrativ der zeitgenössischen Wirtschaftsgeschichte Osteuropas kritisch zu hinterfragen. Der kausale Zusammenhang zwischen Kultur und ökonomischer Entwicklung wird allerdings nur in einer Richtung untersucht; die Frage, wie ökonomische Entwicklung kulturellen Wandel beeinflusst oder inwieweit Kulturen ökonomisch bedingtem Veränderungsdruck widerstehen können, bleibt hier außerhalb der Betrachtung.

Unglücklicherweise ist dieses Narrativ schon aufgekommen, bevor die längst überfällige Debatte über das kulturelle Potenzial der kommunistischen Periode Osteuropas tatsächlich einsetzte, die Diskussion darüber, wie sich die kommunistische Herrschaft auf die nationalen Kulturen ausgewirkt hat. Doch anstatt die verschiedenen kommunistisch-nationalen Hybride einer sorgfältigen Untersuchung zu unterziehen, neigen die meisten Analytiker bis heute dazu, die Kultur des Kommunismus mit ihrem totalitären Idealtypus gleichzusetzen und ihr allenfalls eine geringe Bedeutung für die ökonomische Entwicklung nach 1989 beizumessen – als ein Hindernis, das zunehmend an Relevanz verliert.

In den westlichen Ländern Osteuropas hat diese totalitäre Variante angeblich keine tiefen Wurzeln geschlagen und sich nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums schnell verflüchtigt. In den südlichen und östlichen Ländern dagegen habe sie überlebt, wenn auch nur als Anhängsel einer tieferen kulturellen Schicht. Das vorherrschende Narrativ tendiert dazu, die feineren Unterschiede zwischen den verschiedenen Hybriden zu verwischen. Entweder behandelt es die sowjetische Periode als eine *black box*, oder es postuliert eine fundamentale Kontinuität zwischen dem Erbe der vorkommunistischen Geschichte und der Kultur des Kommunismus. Diese Sichtweise

unterteilt Osteuropa in – angeblich historische – Teilregionen: Mitteleuropa oder, genauer, Ostmitteleuropa auf der einen Seite und Südost- sowie Osteuropa auf der anderen (was immer damit gemeint sein soll). Diese Unterscheidung wird dann mit dem folgenden Syllogismus assoziiert: Ostmitteleuropa war vor der sowjetischen Periode westlicher/ kapitalistischer/ moderner als Südost- und Osteuropa; *deshalb* haben sich die ostmitteleuropäischen Gesellschaften dem Kommunismus vehementer widersetzt; und *deshalb* sind sie nach dessen Zusammenbruch westlicher/ kapitalistischer/ moderner als die der anderen Teilregion geworden.

Die Betonung liegt hier auf einem linearen Zusammenhang zwischen der vor- und der postkommunistischen Periode. Was sich in der Zwischenzeit abgespielt hat, ist nicht greifbar und kaum von Belang. Das erinnert an einen Witz aus dem Jahr 1989, der das Ancien régime neu definierte: „Was ist Kommunismus? Kommunismus ist der denkbar kürzeste Weg vom Kapitalismus zum ... Kapitalismus“.

In diesem Aufsatz möchte ich deutlich machen, warum diese Annahme nicht aufrechtzuerhalten ist, und zeigen, daß die kommunistische Vergangenheit von anderer und weitaus nachhaltigerer Bedeutung ist als häufig angenommen. Diese Periode repräsentiert auch eine gewichtige kulturelle Wende, schließlich hatten die kommunistischen Regime mindestens vierzig Jahre Zeit, um die kulturellen Karten neu zu mischen.

Das vorherrschende Narrativ

Die Protagonisten des vorherrschenden Narrativs bilden eine eigentümliche Koalition, die von Wirtschaftshistorikern und Weltsystemtheoretikern über Kritiker des Postkolonialismus und Anhänger der Mitteleuropaidee bis zu den Ingenieuren der Geopolitik reicht, einschließlich der Amtsträger, die in Brüssel für die Aufnahmeprüfungen zuständig sind. Die verträumte Idee von Mitteleuropa, die Milan Kundera, Czesław Miłosz und György Konrád in den 1980er Jahren in die Debatte gebracht haben, ist inzwischen zu einer offiziellen politischen Doktrin des Westens geworden.

Abteilungen mit der Bezeichnung „Central Europe“ findet man heute in zahlreichen Institutionen – Außenministerien, internationalen Organisationen, multinationalen Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen.

Das vorherrschende Narrativ beruht im wesentlichen auf folgenden Prämissen:

- Seit 1989 entwickelt sich die Wirtschaft in den beiden „historischen Teilregionen“ Osteuropas nach unterschiedlichen Mustern und mit signifikant unterschiedlichem Erfolg. Während sich Ostmitteleuropa zielstrebig in Richtung Kapitalismus/ Europa/ Westen/ Moderne bewegt, leidet Südost-/ Osteuropa an wiederholten Rückfällen in Richtung Kommunismus/ Asien/ Osten/ Vormoderne.
- Diese Unterschiede haben ihren letztendlichen Ursprung in jahrhundertealten kulturellen Faktoren, die die kommunistische Ära überdauert haben (Religion, Ethnizität u.a.m.).
- In Ostmitteleuropa bestehen diese Faktoren überwiegend aus westlichen Komponenten, während in Ost- und Südosteuropa bis heute die indigenen Kulturen eine maßgebliche Rolle spielen.
- Geographische Nähe zum Westen ist ein kritisches Element erfolgreicher Akkulturation. Je westlicher ein Land geographisch gelegen ist, desto stärker wird es „verwestlicht“.
- Die Unterschiede im Entwicklungsniveau der osteuropäischen Teilregionen zeigen sich am deutlichsten darin, daß die Aufnahme in die Europäische Union zuerst den ostmitteleuropäischen Ländern offeriert wurde. Die meisten Länder der östlichen und südlichen Teilregion wurden begutachtet und für vorerst nicht tauglich befunden.
- Bei allen Bemühungen wird auch Ostmitteleuropa nicht in der Lage sein, sich aus der semi-peripheren Zone Europas bzw. der Weltwirtschaft herauszuarbeiten. Von der anderen Teilregion ganz zu schweigen – sie ist noch für etliche Jahrzehnte dazu verdammt, in ihrer peripheren Lage zu verharren.

Ich möchte mich hier nicht mit allen Komponenten dieses Narrativs befassen und werde im folgenden darauf verzichten, Begriffe wie

„westlich“ oder „modern“ zu zerlegen oder mich mit der Frage auseinanderzusetzen, ob der Beitritt zur EU überhaupt irgend etwas belegt und wie man die Unterschiede zwischen den beiden Teilregionen messen kann. Statt dessen möchte ich mich ausschließlich der zweiten Prämisse zuwenden; wenn diese nicht standhält, dann fallen übrigens auch die anderen.

Wie bereits dargelegt, unterstellt diese Prämisse, daß die ökonomischen Entwicklungsunterschiede in Osteuropa von jahrhundertealten kulturellen Faktoren herrühren, die die kommunistische Ära überdauert haben. Ostmitteleuropa, so die Annahme, bewegt sich auf einem geradlinigen Pfad, der seine vorkommunistische Vergangenheit via sowjetischem Intermezzo mit seiner gemeinsamen europäischen Zukunft verbindet. Diejenigen Länder, die vor der kommunistischen Machtübernahme zu den fortgeschrittensten der Region gehörten, liegen auch heute am weitesten vorn. Der Kommunismus war nur eine Episode und hat die Rangordnung weitgehend unberührt gelassen. Wieso? Liegt auf dem Osten und Südosten Europas ein alter Fluch?

Es gibt verschiedene Erklärungsangebote, die auf den ersten Blick plausibel scheinen mögen. Das erste bedient sich der altbekannten „Eisschrank-Theorie“: Mit der Errichtung der kommunistischen Regime wurden die historischen Kulturen „eingefroren“ – als sich 1989 die Schranktüren öffneten, sind sie wieder zum Leben erwacht. Eine zweite Argumentationslinie geht davon aus, daß diejenigen osteuropäischen Länder, die in ihrer Entwicklung vor dem Zweiten Weltkrieg dem Westen am nächsten gekommen waren, danach auch die – in ökonomischer Hinsicht – liberalsten bzw. reformfreudigsten kommunistischen Regime hervorgebracht haben. Infolgedessen waren sie besser als andere in der Lage, mit den Aufgaben der postkommunistischen Transformation klarzukommen. Die dritte Erklärung verweist im wesentlichen auf ethnopolitische Aspekte: Der Erfolg kommunistischer *hardliner*-Regime und das Scheitern liberaler Kommunismusvarianten sind gleichermaßen radikalen Versuchen der Nationbildung geschuldet, und diese Versuche haben nolens volens die Vorkriegsrankordnung wiederhergestellt (wie

etwa der Vergleich zwischen der DDR und Jugoslawien suggeriert).

Mir scheint, daß diese Erklärungsversuche mehr Zweifel hervorrufen, als sie zerstreuen. Die Eisschrank-Metapher versäumt es zu zeigen, wie es möglich ist, in tiefgekühltem Zustand zu überleben: Wieso verderben unternehmerische Fähigkeiten und staatsbürgerliche Tugenden nicht, während sie „aufgetaut“ werden? Auch die Kontinuitätshypothese hält bei näherem Hinsehen der Empirie nicht stand. Die Tschechoslowakei, beispielsweise, hat in der kommunistischen Ära mit ihren liberalen Vorkriegstraditionen radikal gebrochen, während im anderen Extremfall das „vormoderne“ Jugoslawien zu einem Pionier des Marktsozialismus wurde. Das ethnopolitische Argument schließlich bietet sogar im Falle der genannten Länder offenkundig nur eine Teilantwort.

Beschreibt das, was ich bislang dargelegt habe, nicht einfach eine parochiale Rivalität zwischen zwei Arten von Pfadabhängigkeit – einer, die ihren Ursprung im Kommunismus hat, und einer, die aus der früheren Geschichte herrührt? Keineswegs, denn der Westen bzw. seine unterschiedlichen Repräsentanten war(en) – offen oder im Hintergrund – als ein maßgeblicher Referenzpunkt immer präsent. Spätestens seit 1989 hat der Westen wieder einen hervorragenden Stellenwert für die kulturelle Entwicklung in ganz Osteuropa erlangt. Aufholen durch das Kopieren westlicher Entwicklungsmuster ist zu einer bedeutenden sozialen Aktivität in der gesamten Region geworden.

Die Länderdifferenzen hinsichtlich des *Willens* wie der *Fähigkeit* zum Kulturimport aus dem Westen sind allerdings groß und in hohem Maße durch die Unterschiede in der kommunistischen Geschichte der jeweiligen Länder bedingt. Meine Schlußfolgerung möchte ich dennoch eher vorsichtig formulieren. Die gegenwärtigen ökonomischen Entwicklungstrends stützen die Hypothese von der Bedeutung der jüngeren Vergangenheit für Osteuropas Zukunft *mindestens* genauso stark wie die rivalisierende Hypothese von der entscheidenden Bedeutung der Vorvergangenheit, die mehrere Jahrhunderte bis zum Frühkapitalismus zurück umfaßt. Mit anderen Worten: Die kulturellen

Bedingungen, über die ein Land verfügte, als es sich 1989 von der kommunistischen Ära verabschiedete, erklären seine spätere ökonomische Entwicklung mindestens genauso plausibel wie jene, über die es zu Beginn dieser Ära verfügte. Um belegen zu können, daß die jüngere Vergangenheit relevanter ist als die weiter zurückliegende – eine Annahme, der ich intuitiv folgen würde –, wären allerdings umfangreiche historisch-vergleichende Analysen erforderlich.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Wenn ich die Bedeutung der jüngeren Vergangenheit für die gegenwärtige ökonomische Entwicklung betone, dann unterstelle ich keineswegs, daß die kommunistische Periode von der vorkommunistischen Geschichte unbeeinflusst gewesen wäre. Das war sie definitiv nicht. Mehr noch, in bestimmten Fällen können die heutigen und künftigen Differenzen zwischen den verschiedenen osteuropäischen Ländern bzw. Teilregionen mit der ursprünglichen Klassifikation durchaus übereinstimmen. Aber auch eine solche Ähnlichkeit läßt sich nur erklären, wenn man versteht, wie der Kommunismus zwischen der ihm vorausgegangenen und der ihm nachfolgenden Periode vermittelt hat.

Ungereimtheiten der Standardperspektive

Die meisten Beobachter behaupten, die Grenze zwischen den Teilregionen Osteuropas sei heute so klar wie nie zuvor. Die üblichen Argumente lauten in etwa wie folgt: In Ostmitteleuropa, d.h. den vier „Visegrád-Ländern“, Slowenien und den baltischen Staaten, finden inzwischen regelmäßig demokratische Wahlen statt, Rechtsstaatlichkeit ist konstitutionell gegeben, die Menschenrechte werden mehr oder weniger respektiert und die Zivilgesellschaft gewinnt an Boden. Die staatlichen Unternehmen wurden weitgehend privatisiert, die Volkswirtschaften geöffnet und die Märkte dereguliert. Die sogenannte Transformationskrise mündete in ein rapides Wirtschaftswachstum. Zwar sind die neuen Regime noch immer fragil und weisen alle Schwächen einer *Bricolage* auf, in der sich vorkommunistische Traditionen mit einer Viel-

falt zeitgenössischer kapitalistischer Praktiken vermischen. Auch wurde der Transformationsprozeß von heftigen Konjunkturschwankungen, sozialen Polarisierungen, autoritären Tendenzen und populistischen bzw. nationalistischen Bestrebungen begleitet. Im Gegensatz zu den meisten Nachfolgestaaten Jugoslawiens und der Sowjetunion führten solche Tendenzen hier jedoch nicht in eine *Democradura*, einen neuen Wirtschaftsdirigismus, soziale Krisen oder massive ethnische Gewaltausbrüche. Ost- und Südosteuropa hingegen ist durch die Rede von der „Balkanisierung“, die manchmal sogar Weißrußland und die Ukraine einschließt, weithin stigmatisiert. Zwischen diesen beiden Teilregionen wird in der Regel eine Grauzone angesiedelt, der zur Zeit Bulgarien und Rumänien sowie vielleicht Kroatien zugerechnet werden.

Um die These von der starken Differenz zwischen den „Vorreitern“ aus Mitteleuropa und den „Nachzüglern“ aus dem Osten und Süden zu überprüfen, stütze ich mich im folgenden auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf, auch wenn dies nur ein eindimensionaler Indikator für ökonomische Entwicklung ist.¹ Slowenien, Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei konnten bis zur Jahrtausendwende die ökonomische Transformationskrise vollständig überwinden. Dagegen litten die anderen Länder an einem weitaus stärkeren Produktionseinbruch und haben ihr Ausgangsniveau von 1989 bis heute noch nicht (oder nur fast) wieder erreicht. Einige dieser Länder wie beispielsweise die Ukraine und Serbien-Montenegro stecken in der Mitte des Weges fest, ganz zu schweigen von Moldova. Dazwischen besteht eine recht große Zone, die mit den baltischen Staaten auch drei Teilnehmer der ersten Runde der EU-Osterweiterung umfaßt, dazu Bulgarien, Kroatien, Rumänien, sogar Mazedonien und Rußland.

Zurückzuliegen ist jedoch kein fatales Schicksal. Sollte sich das Wachstum der ostmitteleuropäischen Volkswirtschaften verlangsamen, wie in den letzten Jahren schon zu beobachten war, und sich in den Ländern der anderen Teilregion – wie jüngst in Rußland – beschleunigen, dann könnten einige von ihnen relativ schnell zu den ostmitteleuropä-

ischen BIP-Pro-Kopf-Werten aufschließen. In jedem Fall dürfte es schwierig werden, einen synthetischen qualitativen Indikator zu finden, der für die baltischen Staaten insgesamt eine wesentlich bessere Bilanz als für Kroatien oder auch Serbien-Montenegro belegen könnte. Auch der Unterschied zwischen Kroatien und dem Durchschnitt der Visegrád-Länder ist nicht groß genug, um die gängige Unterscheidung Osteuropas in zwei separate Teilregionen zu begründen. 2003 lag das BIP pro Kopf in Lettland, Litauen und selbst in Polen unter dem von Kroatien; gleichzeitig hatten Rußland und Bulgarien das lettische Niveau nahezu erreicht. Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und die Slowakei haben allerdings in der Tat einen höheren Entwicklungsstand aufzuweisen als alle anderen osteuropäischen Länder. Gleichwohl, aus der Perspektive der alten EU-Mitgliedsstaaten betrachtet, sind die Unterschiede zwischen den meisten neuen Mitgliedsländern und den Staaten, die eine EU-Mitgliedschaft noch anstreben, im Hinblick auf das BIP pro Kopf, die Lebenserwartung, das Niveau der Versorgung mit sauberem Wasser und ähnlichen Indikatoren eher zu vernachlässigen.

Wo hat die Wirtschaftsleistung, die hinter dem BIP-Pro-Kopf-Indikator steht, ihren Ursprung? Wie stark ist die Prognosekraft dieses Indikators? Diese beiden Fragen sind von zentraler Bedeutung, wenn es darum geht, die Erklärungskraft des vorherrschenden Narrativs zu prüfen. Wenn sich zum Beispiel das BIP pro Kopf, das die Tschechische Republik, ein „vorbildliches Transformationsland“, im Jahr 2003 erreicht hat, durch den Stand von 1945/48 erklären ließe, und wenn sein heutiges Niveau eine solide Garantie für einen weiteren stetigen Progreß in Richtung der fortgeschrittensten Länder des Westens wäre, dann könnte man sofort aufhören, Aufsätze wie diesen hier zu schreiben.

1939 wies die Tschechische Republik die gleiche Wirtschaftsleistung auf wie Frankreich. Mit Ausnahme des abgebrochenen Reformversuchs in den Jahren 1966 bis 1968 blieb die zentrale Planwirtschaft über die gesamte kommunistische Periode intakt. Im Unterschied zu Ungarn, Polen und Jugoslawien, die mit

Marktsozialismus experimentierten, privates Kleinunternehmertum und den informellen Sektor tolerierten und ihre Wirtschaft gegenüber dem Westen öffneten, blieb die Führung der ČSSR auf die makroökonomische Balance fixiert und vermied Reformschritte, die zu einer galoppierenden Inflation, einem Rückgang der Wachstumsraten und einem drastischen Anstieg der Auslandsverschuldung hätten führen können. Zwar war die tschechoslowakische Wirtschaft, im Gegensatz zu der ihrer Nachbarländer, infolgedessen am Ende der kommunistischen Ära weitgehend frei von solchen Krisenerscheinungen. Aber der Umstand, daß sie das „Fegefeuer“ marktsozialistischer Reformen vermieden hatte, das viele Bürger der liberalen kommunistischen Länder von zahlreichen Werten, Fertigkeiten und Gewohnheiten der Kommandowirtschaft befreit hat, hatte auch eine Kehrseite. Die Tschechoslowakei startete 1989 in die postkommunistische Transformation ohne eine Armee ambitionierter und erfahrener Kleinunternehmer, ohne qualifizierte Netzwerke von Ost-West-Joint Ventures, und mit einer Regierung, die sich des Unterschieds zwischen einer realen und einer Pseudoprivatisierung nicht bewußt und nicht gewillt war, schmerzhaft Maßnahmen zur Stabilisierung und Deregulierung der Wirtschaft zu treffen und dabei soziale Polarisierungen in Kauf zu nehmen. Ich fürchte, daß das Land noch eine Weile zu kämpfen hat, um diese Erblasten zu kompensieren.

Auch wenn man fünf Jahrzehnte der Geschichte eines Landes nicht in ein paar Sätze quetschen darf, scheint es mir fraglich, ob man die heutige Position der Tschechischen Republik in der Spitzengruppe Osteuropas im wesentlichen aus dem Entwicklungsniveau ableiten kann, das sie in der Zwischenkriegszeit erreicht hat. Meiner Ansicht nach ist die Tatsache, daß die Länder dieser Gruppe heute ein ähnliches Entwicklungsniveau aufweisen, eher irreführend. Historisch betrachtet bedeutet diese Tatsache nämlich für die Tschechen, daß sich ihre relative Position signifikant verschlechtert hat, während sie für Polen und Ungarn eine substantielle Verbesserung markiert. Der Fall Sloweniens demonstriert am auffälligsten die durch den Kommunis-

mus eröffnete Möglichkeit, Länder, die in der Zwischenkriegszeit weiter fortgeschritten waren, zu überholen, die eigene Position in der regionalen Hierarchie zu verbessern und dem „Balkan“ zu entkommen. Vielleicht wäre die Tschechische Republik heute schlechter dran, wenn ihre Startposition 1945/48 nicht so vorteilhaft gewesen wäre. Vielleicht aber auch nicht, denn eine schlechtere Ausgangsposition hätte die kommunistische Führung unter Umständen auch zu mehr Aufgeschlossenheit gegenüber marktsozialistischen Reformen bewegen könnten.

Eines sollte inzwischen klar geworden sein – der Kommunismus war eine ereignisvolle Epoche. Betrachten wir noch einmal den tschechischen Fall: Das kommunistische Regime hat erheblich dazu beigetragen, daß der Rückstand des Landes gegenüber dem Westen drastisch angewachsen ist; man vergleiche nur das heutige BIP pro Kopf mit dem französischen.² Gleichzeitig hat es ein ambivalentes Erbe hinterlassen, ein Erbe, in dem kapitalistische Tugenden relativ schwach sind. Vermutlich wäre die Wiederaufnahme des kapitalistischen Entwicklungsweges 1989 noch schwieriger gewesen, wenn bestimmte Elemente der Wirtschaftskultur der Vorkriegsära – ein starker Bildungsdrang, Respekt vor harter Arbeit, die Neigung zum Sparen – nicht in bestimmtem Maße überdauert hätten. Nichtsdestoweniger, diese kulturellen Güter waren in erheblichem Maße verfallen, und hätte – *ceteris paribus* – die kommunistische Ära noch ein Jahrzehnt länger gedauert, dann hätte sich die Tschechische Republik heute leicht unter den „Nachzüglern“ wiederfinden können; vielleicht gemeinsam mit der Nachfolgesellschaft eines anderen *Hardliner*-Regimes – der DDR.

Damit möchte ich mich nun der zweiten Frage zuwenden, wieder anhand des tschechischen Beispiels: Ist der Entwicklungsstand Tschechiens von 1989 oder 2003 wirklich ein geeigneter Indikator für die Begründung solider Voraussagen darüber, wie sich der Kapitalismus in diesem Land in den kommenden Jahren bzw. Jahrzehnten entwickeln wird? Meine Antwort ist ein vorsichtiges „Nein“. Die Verzögerung im Aufschwung von Kapitalimporten und das relativ langsame Wachstum der Arbeitsproduk-

tivität in der Industrie stützen diese Antwort. Der eine Vergleichsfall ist Ungarn; hier war ein massiver Zustrom von Auslandskapital in den 1990er Jahren der Motor des Wirtschaftswachstums und – vermittelt über die von ausländischen Investoren und transnationalen Unternehmen induzierte neue Arbeits- und Organisationskultur – auch der ökonomischen Entwicklung. Den anderen Vergleichsfall bildet Polen, das herausragende Beispiel für die Förderung des lokalen Unternehmertums. In beiderlei Hinsicht begann die Tschechische Republik erst spät, nachzuziehen.

Natürlich ist die ökonomische Entwicklung von einer ganzen Reihe weiterer kultureller Variablen beeinflusst (religiöse Überzeugungen, Migrationsmuster, Konsumverhalten und anderes mehr). Wenn ich mich hier auf die ausländischen Direktinvestitionen und das lokale Unternehmertum konzentriere, dann nicht nur, weil dies in den betreffenden Ländern signifikante Entwicklungsfaktoren sind, sondern auch aufgrund ihres reichen kulturellen Gehalts. Auch in diesen Feldern haben die kulturellen Effekte ihren Ursprung nicht nur in der vorkommunistischen Geschichte, sondern in nicht geringerem Maße in der kommunistischen Ära. Die polnische Reformpolitik der ersten Hälfte der 1990er Jahre zeichnete sich beispielsweise durch eine hohe Priorität für kleine und mittelständische Unternehmen sowie die Bevorzugung einheimischer Eigentümer einschließlich der Belegschaften bei der Privatisierung aus. Es wäre jedoch eine starke Vereinfachung, diese Merkmale schlicht auf traditionelle Xenophobie und den historisch verwurzelten Anti-Etatismus zurückzuführen. Die *Solidarność* liefert, so glaube ich, eine bessere Erklärung, auch wenn sie von Zeit zu Zeit solche Einstellungen repräsentiert. Auch die Öffnung der ungarischen Wirtschaft für ausländische Investitionen in den Jahren nach 1989 könnte man leicht als ein Erbe der österreichisch-ungarischen Monarchie betrachten. Der verzweifelte Versuch des Kádár-Regimes, nach 1956 im Westen und zu Hause wieder an Legitimität zu gewinnen, scheint mir jedoch ein überzeugenderes Argument zu liefern, auch wenn es der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky war, der den maßgeblichen

Anteil an der Anerkennung des „Gulasch-Kommunismus“ hatte und die Kooperation zwischen beiden mitunter ironisch als „K.u.K.“ bezeichnet wurde.

Die Ambivalenz des kommunistischen Erbes

Lassen Sie uns ein Gedankenexperiment anstellen: Das sowjetische Imperium bricht zwischen 1989 und 1992 nicht auseinander. Gorbatschow übernimmt Deng Xiaopings Strategie einer radikalen Liberalisierung unter Beibehaltung der kommunistischen Diktatur. Und der Krieg in Jugoslawien bleibt aus. Das sind ganz offenkundig unsinnige, kontrafaktische Annahmen, aber vielleicht doch nicht die absurdesten. Hätte die Entwicklung tatsächlich einen solchen Verlauf genommen, dann würde die Gruppe der früheren Ostblockländer heute eine ziemlich überraschende Konfiguration ausweisen. Ich könnte mir vorstellen, daß die Rangordnung hinsichtlich der ökonomischen Entwicklung dann wie folgt aussähe: An der Spitze fänden wir Jugoslawien und die Sowjetunion, gefolgt von Bulgarien, Ungarn und Polen, während die ČSSR, die DDR und Rumänien die Schlußlichter bilden würden. Man kann, so das Fazit der Übung, die tatsächliche Konfiguration nicht anders denn als das Resultat einer Vielfalt von miteinander verflochtenen Prozessen betrachten, deren Ursprung zu einem großen Teil in der Ära des Kommunismus liegt und die eine Menge von nicht intendierten Konsequenzen in sich bergen.

Interaktionen und Zufälle sind wesentlich, weil es eine große Zahl potentieller kultureller Faktoren gibt, die die ökonomische Entwicklung fördern oder behindern, und die konventionellen Erklärungen für Erfolg oder Mißerfolg der postkommunistischen Transformation greifen nicht gut, wenn man sie auf die gesamte Region und auf längere Zeiträume anwendet. Die geographische Nähe zum Westen beispielsweise verliert im Zeitalter der Globalisierung an Bedeutung. Die Öffnung für ausländisches Kapital war für die ungarische Wirtschaftsentwicklung eine notwendige Bedingung, aber für Slowenien weit weniger dringlich. Selbst eine

komplette Assimilation – wie im Fall der DDR – ist kein Allheilmittel. Der resolute politische Bruch mit dem kommunistischen System im Jahr 1989 war ein Erfolgsrezept für die Visegrád-Länder, in Rußland dagegen könnte sich die gegensätzliche Strategie langfristig als erfolgreich erweisen. Die rapide Deregulierung und drastische Stabilisierungsbemühungen zu Beginn der Transformation haben sich in Polen und Ungarn als produktiv erwiesen, in Rußland gingen sie nach hinten los.

Oder, um hier auch kurz auf explizit kulturalistische Ansätze einzugehen: In Polen und der Tschechischen Republik hat die ethnische Homogenität zweifellos dazu beigetragen, daß der politische Übergang weitgehend ohne große Turbulenzen verlief. Längerfristig kann der Mangel an „ehrgeizigen Minderheiten“ sich für die ökonomische Entwicklung jedoch als kontraproduktiv erweisen. Protestantismus, Katholizismus, Orthodoxie – es gibt hier keine Hierarchie von Begriffen kapitalistischer Erfolgsgeschichte, wenn man heute das „katholische“ Slowenien mit dem „protestantischen“ Estland vergleicht, in der Vergangenheit das „katholische“ Polen mit dem „orthodoxen“ Serbien oder künftig vielleicht das „orthodoxe“ Rußland mit dem „katholischen“ Polen. Erfolg oder Scheitern – die Transformationsprogramme sind weitgehend beeinflusst vom Endzustand des jeweiligen kommunistischen Regimes und seinem kulturellen Mikrokosmos.

Werfen wir abschließend einen Blick auf diesen Mikrokosmos. Das vorherrschende Narrativ insistiert in der Regel auf der Relevanz des Makrokosmos der Vorvergangenheit. Sofern er die Kultur der kommunistischen Ära überhaupt in Betracht zieht, stützt er sich auf das alte, totalitarismustheoretisch inspirierte Konzept des *homo sovieticus*. Doch diese Kultur war schon in der kommunistischen Ära ambivalent, und ihre Hinterlassenschaften sind in der Transformationsperiode eher noch komplexer geworden. Staatspaternalismus und informelle Märkte, öffentliches Eigentum und private Umverteilung, zentrale Direktiven und dezentralisierte Aushandlungsprozesse, Überregulation und Trittbrettfahrertum, kollektivistische ökonomische Institutionen und individuelle (oder familiäre) Bewältigungsstrategien, Funk-

tionärshabitus und technokratische Mentalität, erlernte Hilflosigkeit und erzwungene Kreativität – die Liste der kontroversen Merkmale osteuropäischer Wirtschaftskultur der Zeit vor 1989 ließe sich leicht fortsetzen. Diese Wirtschaftskultur hat – in unterschiedlichen nationalen Variationen – die Kommandowirtschaft mit Elementen einer eher verwässerten sozialen Marktwirtschaft kombiniert, und all das mit präkapitalistischen Traditionen und einem Hang zu Dynamik und Aggressivität, der an frühkapitalistische Zeiten erinnert.

So paradox es auch klingen mag: Die Ära des Kommunismus war nicht nur eine Periode rapider Modernisierung, sie war auch, wenngleich auf verquere Weise, eine Schule des Kapitalismus. Industrialisierung, Urbanisierung, allgemeine Bildung, öffentliches Gesundheitswesen etc. sind allgemein bekannte Errungenschaften einer „quantitativen“ Modernisierung bzw. Enttraditionalisierung unter sowjetischer Herrschaft. Im Verlauf dieser Art von Modernisierung wurden aber auch berechnendes Verhalten, Risikobereitschaft, wettbewerbsorientierte Einstellungen usw. zum obligatorischen Lernstoff – nicht gemäß dem Design, sondern aufgrund der Konstruktionsfehler des Systems. Der Kommunismus hat eine Art von kapitalistischem Ethos konserviert bzw. reproduziert, das im Westen inzwischen weithin erodiert ist – gekennzeichnet durch eine starke Präferenz für Vertrauen gegenüber formalen Regeln, für direkte interpersonelle gegenüber institutionellen Transaktionen, für kleine gegenüber großen Organisationen, etc. Ironischerweise könnte gerade dieses „Gründerzeit“-Ethos den Osteuropäern heute einen komparativen Vorteil verschaffen.

Um Mißverständnisse zu vermeiden: Dieses Ethos reproduziert nicht den alten Weberschen Prototyp des protestantischen Unternehmers, und es hat auch nicht viel gemein mit solchen neokapitalistischen Erfolgsgeschichten wie Konfuzianismus oder evangelischem Protestantismus. Es hat keine religiösen Fundamente, Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Familie oder Gemeinschaft, Selbstlosigkeit und die Neigung zum Sparen sind hier relativ schwach verankert. Zudem sind die Komponenten dieses Ethos unter den Ländern

Osteuropas ungleichmäßig verteilt. In den „orthodoxen“ Gesellschaften Rußlands und Rumäniens mag man mehr davon finden als im „katholischen“ Slowenien und im „katholisch-protestantischen“ Tschechien. Und das kann zu eigentümlichen Konsequenzen führen.

Osteuropa, die EU und die Welt – Ein Ausblick

1989 rechneten viele Beobachter damit, daß gerade die Orientierung auf das Modell der sozialen Marktwirtschaft eine organische Verbindung zwischen den ost- und westeuropäischen Wirtschaftskulturen in einer erweiterten EU begünstigen würde. Im vergangenen Jahrzehnt hat sich jedoch gezeigt, daß auch eine andere Art kultureller Begegnung möglich ist. Die Tugenden des Gründerzeit-Kapitalismus könnten die Länder *beider* Teilregionen Osteuropas in die Lage versetzen, einen fairen Anteil an der Globalisierung zu erlangen. Da der gegenwärtige globale Kapitalismus in hohem Maße auf Netzwerken, Informalität, Flexibilität, dezentralisierter Wissensproduktion etc. beruht, wäre es sogar denkbar, daß die Europäische Union für die neuen Beitrittsländer mehr zu einer Bremse statt zu einer Triebkraft ökonomischer Entwicklung wird.

Was, wenn es vorteilhaft wird, außerhalb der EU zu bleiben? Stellen wir noch ein Gedankenexperiment an. In absehbarer Zukunft kombiniert Serbien sein historisches wirtschaftskulturelles Potential – die unternehmerischen Traditionen des Balkan-Handels bis hin zu den Erfahrungen aus Titos marktorientierten Reformen – mit einem massiven Import von Venture-Kapital aus den USA oder Südostasien, wenn nicht gar Rußland und China hier die Fundamente für einen formidablen Start in ein Steuerparadies legen. Was passiert, wenn in der Zwischenzeit die Volkswirtschaften der Europäischen Union zu stagnieren beginnen und die EU-Mitgliedschaft für die Neumitglieder die Verluste nicht mehr kompensiert, die sie aufgrund ihrer im Beitrittsvertrag fixierten Verpflichtungen zur Bekämpfung von Steuerflucht, illegalen Handelsoperationen und Preisdumping, zur Beendigung der Privilegien

für transnationale Unternehmen sowie zur Einhaltung extrem teurer Umweltnormen zu tragen haben?

Der Beitritt zur EU kann für die neuen Mitgliedsländer noch in einer anderen Hinsicht eine relative Verschlechterung bedeuten. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden sie mindestens so viel Zeit im „Armenhaus“ der Union verbringen wie die Teilnehmer der „Süderweiterung“ von 1981 bzw. 1986. Das griechische Beispiel eines schleppenden Aufholprozesses wird ihnen in dieser Zeit immer vor Augen stehen. Genossen sie bislang die Position der leistungsstärksten Osteuropäer, so rücken sie nun in die Lage der unterentwickeltesten Westeuropäer. Die Erinnerung an den Anfangsbonus des Beitritts wird schnell verblasen. Länder wie die Tschechische Republik und Ungarn werden sich vermutlich darauf einstellen müssen, daß sie auf Dauer eine drittrangige Position einnehmen auf einer Skala, die von Finnland und Dänemark über Portugal und Griechenland bis hinunter zu ihnen reicht. Einem rapiden Aufholprozeß nach irischem Vorbild dürften sowohl die neue EU-Architektur als auch die Regeln des globalen Wettbewerbs im Wege stehen. Daß die Entwicklungslücke durch einen solidarischen und dynamischen wirtschaftlichen Austausch innerhalb der EU schrittweise geschlossen wird, scheint wenig wahrscheinlich. Denn vieles spricht dafür, daß sich die alten Mitglieder gegenüber den neuen im Hinblick auf die Einkommensumverteilung weniger generös zeigen werden als je zuvor. Schlimmer noch, sie könnten sie auch übergehen, um jenseits der EU-Grenzen noch attraktivere Investitions- und Handelsmöglichkeiten zu erschließen. Die Länder der ersten Runde der Osterweiterung würden auf diese Weise einen großen Teil ihrer bevorzugten Märkte verlieren, was ihren Aufenthalt im „Armenhaus“ der Union nur verlängern würde. Jede Rezession in Europa, jede spürbare Schwächung der relativen Position der EU in der Weltwirtschaft und jeder neue Zug zur Überregulierung in Brüssel wird sich für die neuen Mitglieder disproportional härter auswirken als für die etablierten. Dies umso mehr, als das Korsett der Maastricht-Kriterien es ihnen in der Zukunft nicht mehr ermöglicht, eine Aufholstrategie

des schnellen Wachstums bei hoher Inflation einzuschlagen.

Ein Ostmitteleuropa, das an der EU leidet, während die Balkanländer außerhalb der Union prosperieren – dies wäre wirklich ein herber Schlag für die Protagonisten des derzeit vorherrschenden Narrativs. Modernität als Erbe der vorkommunistischen Vergangenheit verliert an Relevanz, während in der jüngeren Vergangenheit erlangte Modernität (oder Postmodernität) an Bedeutung gewinnt. Und, im Extremfall, je weiter man von Westeuropa entfernt ist, desto besser die Entwicklungschancen. Warum? Weil man der „Welt“ näher ist.

Anmerkungen

- * Dieser Essay ist im Kontext zweier komparativer Forschungsprojekte entstanden, des Projekts *Culture Matters* an der Fletcher School der Tufts University Medford, Massachusetts, sowie des Forschungsverbunds *Eastern Enlargement – Western Enlargement. Cultural Encounters in the European Economy After the Accession*, das an der Central European University, Budapest, und dem Institut für die Wissenschaften vom Menschen in Wien koordiniert wird. Für ihre wertvollen Kommentare danke ich insbesondere Peter L. Berger, Lawrence E. Harrison und Violetta Zentai.

Um die Leserinnen und Leser, die nicht speziell mit dem Forschungsgebiet „Kultur und Ökonomie“ befaßt sind, nicht unnötig zu belästigen, verzichte ich im folgenden auf Fußnoten und Insiderreferenzen. Weitergehende Ausführungen und umfangreichere Literaturhinweise zu diesem Themenkreis finden sich in meinen folgenden Publikationen: *Westerweiterung? Zur Metamorphose des Traums von Mitteleuropa. Transit 21* (2001); *Approaching the EU and Reaching the US? West European Politics 25* (2), 2002; *Rival Temptations – Passive Resistance: Cultural Globalization in Hungary*. In: P. Berger/S. Huntington (eds.), *Many Globalizations*. Oxford: Oxford UP 2002; *Zwischen Ressentiment und Indifferenz. Solidaritätsdiskurse vor der EU-Erweiterung. Transit 26* (2004); *Little America. Transit 27* (2004).

- 1 Meine Überlegungen beruhen auf den entsprechenden Daten des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW).
- 2 Nach Angaben der Weltbank betrug das tschechische Brutto sozialprodukt pro Kopf nach Kaufkraftparität gewichtet (PPP Gross National Income) im Jahr 2002 mit 14.920 US\$ 55,17 % des französischen (27.040 US\$). Nominell erzielte die tschechische Volkswirtschaft im selben Jahr ein Brutto sozialprodukt pro Kopf in Höhe von 5.480 US\$ bzw. 24,64 % des französischen Werts von 22.240 US\$, wobei sich bei diesem Indikator die Unterbewertung der tschechischen Krone zuungunsten Tschechiens auswirkt. (Quelle: World Development Indicators 2002; *Anm. der Red.*)

Aus dem Englischen von Jan Wielgohs